

Richtlinie über die Gewährung von Billigkeitsleistungen zum Ausgleich von Schäden im öffentlichen Personennahverkehr im Zusammenhang mit dem Ausbruch von COVID-19 im Freistaat Thüringen (Richtlinie Corona-Hilfe ÖPNV Thüringen 2021)

Inhalt

- 1. Regelungszweck, Rechtsgrundlage**
- 2. Gegenstand der Billigkeitsleistung**
- 3. Begünstigte**
- 4. Voraussetzungen für die Gewährung der Billigkeitsleistung**
- 5. Art und Umfang, Höhe der Billigkeitsleistung**
- 6. Sonstige Bestimmungen**
- 7. Verfahren**
- 8. Inkrafttreten, Außerkrafttreten**

1 Regelungszweck, Rechtsgrundlage

Zum Ausgleich von Schäden der Aufgabenträger und Verkehrsunternehmen im öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) im Zusammenhang mit dem Ausbruch von COVID-19 gewährt das Land nach Maßgabe dieser Richtlinie, des § 53 Thüringer Landeshaushaltsordnung (ThürLHO) und der Geänderten Bundesregelung Kleinbeihilfen 2020 des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie in der jeweils geltenden Fassung und der Bundesregelung Fixkostenhilfe 2020 des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie in der jeweils geltenden Fassung Billigkeitsleistungen.

Der ÖPNV umfasst die im Freistaat Thüringen beauftragten Leistungen des Straßenpersonennahverkehrs (StPNV) und des Schienenpersonennahverkehrs (SPNV).

Es besteht kein Rechtsanspruch auf Gewährung der Billigkeitsleistung.

Die Bewilligungsbehörde entscheidet aufgrund ihres pflichtgemäßen Ermessens diskriminierungsfrei im Rahmen der verfügbaren Haushaltsmittel.

Für die Billigkeitsleistungen eingesetzt werden dem Land für den o. g. Zweck zusätzlich zur Verfügung gestellte Mittel nach dem Regionalisierungsgesetz (RegG) vom 27. Dezember 1993 (BGBl. I S. 2378, 2395) in der zuletzt durch Gesetz vom 16. Juli 2021 (BGBl. I S. 3011) geänderten Fassung, Mittel aus dem Thüringer Gesetz zur Umsetzung erforderlicher Maßnahmen im Zusammenhang mit der Corona-Pandemie (ThürCorPanG) vom 11. Juni 2020 (GVBl. S. 277) sowie zusätzliche Landesmittel.

2 Gegenstand der Billigkeitsleistung

Die Billigkeitsleistungen des Landes sind ein finanzieller Beitrag an die Aufgabenträger und Verkehrsunternehmen im ÖPNV in Thüringen, deren Ausgaben in den Monaten Januar bis Dezember 2021 aufgrund der COVID-19-Pandemie

- a) aufgrund geringerer Ausgleichszahlungen aus öffentlichen Dienstleistungsaufträgen nach der Verordnung (EG) Nr. 1370/2007 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 23. Oktober 2007 über öffentliche Personenverkehrsdienste auf Schiene und Straße und zur Aufhebung der Verordnungen (EWG) Nr. 1191/69 und (EWG) Nr. 1107/70 des Rates (ABl. L 315 vom 3.12.2007, S. 1) (EG-VO 1370/2007) wegen geringerer Verkehrsdienstleistungen oder wegen verringerter Nachfrage und/oder

- b) durch den Rückgang der Fahrgeldeinnahmen oder Ausgleichszahlungen aus allgemeinen Vorschriften im Vergleich zum Referenzzeitraum des Jahres 2019 nicht durch Einnahmen aus Fahrgeldern und Ausgleichszahlungen nach der EG-VO 1370/2007 oder aus allgemeinen Vorschriften im Sinne von Artikel 3 Absatz 3 der EG-VO 1370/2007 gedeckt werden können und damit einen Schaden darstellen.

3 Begünstigte

Begünstigte sind

- 3.1 Aufgabenträger im Sinne des Thüringer ÖPNV-Gesetzes (ThürÖPNVG).
- 3.2 Öffentliche und private Verkehrsunternehmen, soweit sie als Genehmigungsinhaber oder Betriebsführer nach dem Personenbeförderungsgesetz (PBefG) oder der Verordnung (EG) Nr. 1073/2009 ÖPNV auf dem Gebiet des Freistaats Thüringen und / oder aufgrund eines öffentlichen Dienstleistungsauftrages gemeinwirtschaftliche Beförderungsleistungen im StPNV bzw. im SPNV erbringen.

4 Voraussetzungen für die Gewährung der Billigkeitsleistung

- 4.1 Billigkeitsleistungen an Verkehrsunternehmen dürfen nur gewährt werden, soweit die öffentlichen Dienstleistungsaufträge oder die allgemeinen Vorschriften nicht bereits Regelungen enthalten, die ohne weiteres einen Ausgleich der Schäden bewirken.

Ausgleichsfähig sind die Schäden, soweit für sie kein anderweitiger Ausgleich gewährt worden ist.

Verlustrückstellungen aufgrund von vor dem 01.03.2020 beschlossenen Gesellschaftereinlagen oder aufgrund von konzern- oder unternehmensinternen Regelungen (z. B. Ergebnisabführungsverträgen), die bereits am 01.03.2020 bestanden, bewirken keinen Ausgleich im Sinne der Sätze 1 oder 2.

- 4.2 Billigkeitsleistungen gemäß dieser Richtlinie an Verkehrsunternehmen, die eine rechtswidrige Beihilfe erhalten haben, die durch Beschluss der Kommission für mit dem Binnenmarkt unvereinbar erklärt wurde, sind auszusetzen, bis das betreffende Verkehrsunternehmen den Gesamtbetrag der rechtswidrigen und mit dem Binnenmarkt unvereinbaren Beihilfe einschließlich der entsprechenden Rückforderungszinsen zurückgezahlt oder auf ein Sperrkonto überwiesen hat.
- 4.3 Eine Ausgleichsgewährung an Verkehrsunternehmen kann auf die Geänderte Bundesregelung Kleinbeihilfen 2020 in der jeweils geltenden Fassung gestützt werden. Es sind die dort genannten Voraussetzungen zu erfüllen und die Summe des Schadensausgleichs gemäß Nummer 5.3 und 5.4 sowie weiterer Beihilfen nach der Geänderten Bundesregelung Kleinbeihilfen 2020 in der jeweils geltenden Fassung darf für das gesamte Unternehmen den für Kleinbeihilfen maximal zulässigen Höchstbetrag (Stand 31.8.2021: 1.800.000 Euro) nicht übersteigen.

Das betreffende Unternehmen hat der beihilfegebenden Stelle in Schriftform, in elektronischer Form oder in Textform jede Kleinbeihilfe nach dieser Regelung anzugeben, die es bislang erhalten hat, sodass sichergestellt ist, dass der Höchstbetrag nicht überschritten wird.

- 4.4 Alternativ zur Geänderten Bundesregelung Kleinbeihilfen 2020 in der jeweils geltenden Fassung kann eine Ausgleichsgewährung an Verkehrsunternehmen auch auf die Bundesregelung Fixkostenhilfe 2020 in der jeweils geltenden Fassung gestützt werden. Es sind die dort genannten Voraussetzungen zu erfüllen und die Summe des Schadensausgleichs gemäß Nummer 5.3 und 5.4 darf für das gesamte Unternehmen den maximal zulässigen Höchstbetrag (Stand 31.8.2021: 10.000.000 Euro) nach dieser Regelung nicht übersteigen.

Das betreffende Unternehmen hat der beihilfegebenden Stelle in Schriftform, in elektronischer Form oder in Textform jede Kleinbeihilfe nach dieser Regelung anzugeben, die es bislang erhalten hat, sodass sichergestellt ist, dass der Höchstbetrag nicht überschritten wird.

5 Art und Umfang, Höhe der Billigkeitsleistung

- 5.1 Die Billigkeitsleistung wird als nicht rückzahlbarer Zuschuss gewährt.
- 5.2 Die Höhe der Billigkeitsleistung ist ein anteiliger Ausgleich und beträgt bis zu 100 Prozent der ausgleichsfähigen Schäden.
- 5.3 Die ausgleichsfähigen Schäden von Begünstigten nach Nummer 3.1 sind wie folgt zu ermitteln:
- 5.3.1 Für jeden Tarifbereich (Verbundtarife, Übergangstarife, landesweite Tarife, Haustarif, Beförderungsbedingungen DB (BBDB)) ist die Differenz zwischen den um die jeweiligen Tarifierhöhungen auf das Jahr 2021 hochgerechneten tatsächlichen Fahrgeldeinnahmen der Monate Januar bis Dezember 2019 und den tatsächlichen Fahrgeldeinnahmen der jeweiligen Monate des Jahres 2021 ausgleichsfähig, soweit die Begünstigten gemäß den zur Erbringung der Verkehrsleistungen bestehenden öffentlichen Dienstleistungsaufträgen das wirtschaftliche Risiko tragen.

Maßgebend sind dabei die Netto-Fahrgeldeinnahmen (ohne Umsatzsteuer), bei Verbundtarifen, Übergangstarifen, landesweiten Tarifen und dem BBDB-Tarif gemäß der Einnahmeaufteilung unter Zugrundelegung des auf die Einnahmen der Jahre 2019 und 2021 anzuwendenden Aufteilungsschlüssels für das Jahr 2021 der jeweiligen Verbundorganisation.

Zur Berechnung der um die Tarifierhöhungen auf den Zeitraum Januar bis Dezember 2021 hochgerechneten tatsächlichen Fahrgeldeinnahmen des Zeitraums in 2019 sind die im jeweiligen Monat verkauften bzw. dem Verbund gemeldeten Fahrausweise der jeweiligen Kartenart und Preisstufe der Monate Januar bis Dezember 2019 mit den für diese Kartenart und für die im Gültigkeitszeitraum entsprechende Preisstufe im jeweiligen Zeitraum des Jahres 2021 geltenden Preisen zu multiplizieren.

Lassen sich in Einzelfällen keine entsprechenden Referenzpreise zuordnen oder handelt es sich um stückzahlunabhängige Pauschalangebote, ist die aus der Berechnung nach Satz 3 abgeleitete durchschnittliche prozentuale Tarifierhöhung für die Hochrechnung maßgebend.

Die Verbundorganisationen haben den Begünstigten die für die Antragstellung erforderlichen Daten zu liefern.

Berücksichtigt werden dürfen Mindereinnahmen aus ohne Rechtsverpflichtung vorgenommenen Erstattungen von Fahrgeldern an Kunden insbesondere für Abonnements, soweit die Entscheidung über die Erstattungen vor dem 01.06.2020 getroffen wurde

und der Gesamtumfang der Erstattungen für den gesamten Tarifraum fünf Prozent der Gesamtfahrgeldeinnahmen aus Abonnementverkäufen des Jahres 2019 nicht übersteigt.

Nicht berücksichtigt werden dürfen dagegen Mindereinnahmen aus Erstattungen von Fahrgeldern an Kunden insbesondere für Abonnements, soweit die Entscheidung über die Erstattungen nach dem 01.06.2020 getroffen wurde und keine Rechtspflicht für die Erstattung bestanden hat.

- 5.3.2 Zur Berechnung der Minderung der Erstattungsleistungen gem. § 228 ff. Sozialgesetzbuch IX (SGB IX) vom 23. Dezember 2016 (BGBl. I S. 3234), das zuletzt durch Artikel 8 des Gesetzes vom 14. Dezember 2019 (BGBl. I S. 2789) geändert worden ist, sind die um die Tarifierpassungen gemäß Nummer 5.3.1 Sätze 3 und 4 hochgerechneten Fahrgeldeinnahmen des Zeitraumes Januar bis Dezember 2019 bzw. die Fahrgeldeinnahmen für den Zeitraum Januar bis Dezember 2021 zu ermitteln und für diese die Erstattungsleistung aufgrund der jeweiligen für das entsprechende Jahr festgelegten oder nachgewiesenen Vomhundertsätze (2019 für hochgerechnete und 2021 für Ist-Fahrgeldeinnahmen 2021) zu berechnen.

Maßgebend sind dabei die Netto-Fahrgeldeinnahmen (ohne Umsatzsteuer), bei Verbundtarifen, Übergangstarifen, landesweiten Tarifen und dem BBDB-Tarif gemäß der Einnahmearteilung der jeweiligen Verbundorganisation.

Ausgleichsfähig ist die Differenz der so errechneten Beträge, soweit die Begünstigten gemäß den zur Erbringung der Verkehrsleistungen bestehenden öffentlichen Dienstleistungsaufträgen das wirtschaftliche Risiko tragen.

- 5.3.3 In entsprechender Weise sind die ebenfalls ausgleichsfähigen Schäden aus der Minderung anderer Ausgleichszahlungen aus allgemeinen Vorschriften zu berechnen, soweit die Begünstigten gemäß den zur Erbringung der Verkehrsleistungen bestehenden öffentlichen Dienstleistungsaufträgen das wirtschaftliche Risiko tragen.
- 5.3.4 Darüber hinaus sind erhöhte Ausgleichszahlungen aus vor dem 01.06.2020 erlassenen allgemeinen Vorschriften der Begünstigten an Verkehrsunternehmen für den Zeitraum von Januar bis Dezember 2021 ausgleichsfähig, soweit die Erhöhung der Ausgleichszahlungen aufgrund eines gesonderten Nachweises pandemiebedingt auf geringere Fahrgeldeinnahmen der Verkehrsunternehmen im Vergleich zum Referenzzeitraum in den Monaten Januar bis Dezember 2019 zurückzuführen ist.
- 5.3.5 Ebenfalls ausgleichsfähig sind die Schäden aus Ausgaben der Begünstigten für Ausgleichszahlungen an Verkehrsunternehmen für den Zeitraum vom 01. Januar 2021 bis 31. Dezember 2021, soweit sie auf Maßnahmen zum Schadensausgleich beruhen.

Ausgleichsfähig sind dabei nur Ausgaben im Umfang des Ausgleichs, der sich bei Anwendung der Nummer 5.4 als Ausgleich an die Unternehmen rechnerisch ergäbe.

Als Maßnahmen zum Schadensausgleich gelten insbesondere Notvergaben nach Artikel 5 Absatz 5 EG-VO 1370/2007 oder nach allgemeinem Vergaberecht, Änderungen des öffentlichen Dienstleistungsauftrages im Sinne von § 132 des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB), Anpassungen der Vergütung aus ergänzender Vertragsauslegung oder nach § 313 des Bürgerlichen Gesetzbuchs (BGB) Gesellschaftereinlagen sowie weitere Maßnahmen im Einklang mit der EG-VO 1370/2007, soweit sie nach dem 01.03.2020 zum Ausgleich der Schäden veranlasst oder umgesetzt wurden.

Ausgleichsfähig sind darüber hinaus auch Verlustausgleiche im Sinne von Nummer 4.1 Satz 3 bis zu der in Satz 2 geregelten Höhe.

- 5.3.6 Von den nach den Nummern 5.3.1 bis 5.3.5 ermittelten Schäden sind in direktem ursächlichem Zusammenhang mit der Pandemie vermiedene oder ersparte Aufwendungen der Begünstigten in Abzug zu bringen.

Dies sind insbesondere

- a) verringerte Verkaufsprovisionen aufgrund geringerer Fahrausweisverkäufe, soweit diesen keine rechtskräftig festgestellten oder zwischen den Parteien unbestrittenen pandemiebedingten Forderungen des Vertriebsdienstleisters auf Anpassung der Vergütung aus ergänzender Vertragsauslegung oder nach § 313 BGB gegenüberstehen,
- b) im direkten Zusammenhang mit der Covid-19-Pandemie stehende geringere Ausgleichszahlungen an Verkehrsunternehmen aus öffentlichen Dienstleistungsaufträgen aufgrund geringerer Verkehrsdienstleistungen (Nummer 5.4.1) oder aus allgemeinen Vorschriften des jeweiligen Begünstigten (Nummer 5.4.4),
- c) eingesparte Personalkosten (z. B. durch Kurzarbeitergeld oder Überstundenabbau),
- d) Energie- und Kraftstoffkosteneinsparungen,
- e) nicht entstandene Kosten für Wartungsarbeiten und Reparaturen,
- f) nicht angefallene Infrastrukturentgelte,
- g) von anderen Stellen erhaltene anderweitige Ausgleichszahlungen für die nach den Nummern 5.3.1 bis 5.3.5 berechneten Schäden,
- h) weitere Ersparnisse.

- 5.3.7 Die Summe der gemäß den Nummern 5.3.1 bis 5.3.5 errechneten Schäden abzüglich der vermiedenen oder ersparten Aufwendungen gemäß Nummer 5.3.6 ist der ausgleichsfähige Gesamtschaden des Begünstigten nach Nummer 3.1.

- 5.4 Die ausgleichsfähigen Schäden von Begünstigten nach Nummer 3.2 sind wie folgt zu ermitteln:

- 5.4.1 Ausgleichsfähig ist die Differenz zwischen der regulär erwarteten Ausgleichsleistung aus dem öffentlichen Dienstleistungsauftrag für das Jahr 2021 oder alternativ auf der Basis des Referenzzeitraums im Jahr 2019 für das ungekürzte Leistungsangebot einschließlich ergänzender Dienstleistungen wie Zugbegleitung oder Besetzung von Verkaufsstellen im Schadenszeitraum von Januar bis Dezember 2021 und den tatsächlich erhaltenen Ausgleichsleistungen jeweils einschließlich Sanktionen sowie Boni und Mali aus Anreizregelungen.

Bei der Berechnung können die Änderungen von zentralen Parametern im Vergleich zum Referenzzeitraum 2019, wie z. B. Personalkosten, Strom- oder Kraftstoffpreise berücksichtigt werden.

Die Schäden sind jedoch nur ausgleichsfähig, soweit der jeweilige Aufgabenträger einen Antrag als Begünstigter gemäß Nummer 3.1 stellt und dabei seine geringeren Ausgleichszahlungen berücksichtigt hat.

- 5.4.2 Die entsprechend Nummer 5.3.1 berechnete Differenz der Fahrgeldeinnahmen ist für den Schadenszeitraum von Januar bis Dezember 2021 ausgleichsfähig, soweit die Begünstigten selbst das wirtschaftliche Risiko tragen oder lediglich Verlustausgleiche im Sinne von Nummer 4.1 Satz 3 erhalten.

5.4.3 Zur Berechnung der Minderung der Erstattungsleistungen gem. § 228 ff. SGB IX im Schadenszeitraum von Januar bis Dezember 2021 ist entsprechend Nummer 5.3.2 zu verfahren.

5.4.4 In entsprechender Weise sind die ebenfalls ausgleichsfähigen Schäden im Schadenszeitraum von Januar bis Dezember 2021 aus der Minderung anderer Ausgleichszahlungen aus allgemeinen Vorschriften zu berechnen.

Die Schäden sind in Bezug auf allgemeine Vorschriften der Aufgabenträger jedoch nur ausgleichsfähig, soweit der jeweilige Aufgabenträger einen Antrag als Begünstigter gemäß Nummer 3.1 stellt und dabei seine geringeren Ausgleichszahlungen berücksichtigt hat.

5.4.5 Von den nach den Nummern 5.4.1 bis 5.4.4 ermittelten Schäden im Schadenszeitraum von Januar bis Dezember 2021 sind in direktem ursächlichem Zusammenhang mit der Pandemie vermiedene oder ersparte Aufwendungen der Begünstigten in Abzug zu bringen.

Dies sind insbesondere

- a) verringerte Verkaufsprovisionen aufgrund geringerer Fahrausweisverkäufe, soweit diesen keine rechtskräftig festgestellten oder zwischen den Parteien unbestrittenen pandemiebedingten Forderungen des Vertriebsdienstleisters auf Anpassung der Vergütung aus ergänzender Vertragsauslegung oder nach § 313 BGB gegenüberstehen,
- b) im direkten Zusammenhang mit der Covid-19-Pandemie stehende geringere Vergütungsleistungen an Subunternehmen aufgrund geringerer Verkehrsleistungen, soweit diesen keine rechtskräftig festgestellten oder zwischen den Parteien unbestrittenen pandemiebedingten Forderungen des Subunternehmens auf Anpassung der Vergütung aus ergänzender Vertragsauslegung oder nach § 313 BGB gegenüberstehen,
- c) eingesparte Personalkosten (z. B. durch Kurzarbeitergeld oder Überstundenabbau),
- d) Energie- und Kraftstoffkosteneinsparungen,
- e) nicht entstandene Kosten für Wartungsarbeiten und Reparaturen,
- f) nicht angefallene Infrastrukturnutzungsentgelte,
- g) von anderen Stellen erhaltene anderweitige Ausgleichszahlungen für die nach den Nummern 5.4.1 bis 5.4.4 berechneten Schäden,
- h) weitere Ersparnisse.

5.4.6 Die Summe der gemäß den Nummern 5.4.1 bis 5.4.4 errechneten Schäden abzüglich der vermiedenen oder ersparten Aufwendungen gemäß Nummer 5.4.5 ist der ausgleichsfähige Gesamtschaden des Begünstigten nach Nummer 3.2.

5.4.7 Wenn ein Unternehmen einen Schadensausgleich auf Grundlage der Bundesregelung Fixkostenhilfe 2020 gemäß Nummer 4.4 geltend macht, so sind die danach möglichen Fixkostenhilfen dem nach Nummer 5.4.6 errechneten Schaden gegenüberzustellen. Unterschreiten die möglichen Fixkostenhilfen den nach Nummer 5.4.6 errechneten Schadens, ist der Schadensausgleich auf den Betrag der möglichen Fixkostenhilfe zu begrenzen.

In den übrigen Fällen ist der nach Nummer 5.4.6 errechnete Schaden ausgleichsfähig.

6 Sonstige Bestimmungen

6.1 Eine Doppelförderung ist ausgeschlossen.

- 6.2 Es ist sicherzustellen, dass eine Überkompensation der pandemiebedingten wirtschaftlichen Nachteile ausgeschlossen ist.
- 6.3 Die Begünstigten sind verpflichtet, beantragte oder erhaltene finanzielle Leistungen aufgrund der COVID-19-Pandemie im Rahmen einer Selbstauskunft anzugeben.
- 6.4 Die Begünstigten sind verpflichtet, bis zum 31. Oktober 2022 der Bewilligungsbehörde sämtliche in Anhang III der Verordnung (EU) Nr. 651/2014 der Kommission vom 17. Juni 2014, Anhang III der Verordnung (EU) Nr. 702/2014 der Kommission und Anhang III der Verordnung (EU) Nr. 1388/2014 der Kommission vom 16. Dezember 2014 geforderten Informationen zu übermitteln. Diese Informationen sind der Bewilligungsbehörde zudem nach Festsetzung des endgültigen Ausgleichsanspruchs nach Nummer 7.4.2 bis zum 31.12.2023 zu übermitteln.
- 6.5 Für das Antrags- und Bewilligungsverfahren gelten die Vorschriften des Strafgesetzbuches (StGB) und des Subventionsgesetzes - SubvG - (insbesondere § 264 StGB Subventionsbetrug) und § 1 ThürSubvG in Verbindung mit den §§ 2 - 6 SubvG.
- 6.6 Sofern in Einzelfällen zur Berechnung der ausgleichsfähigen Schäden keine belastbaren Werte des Referenzzeitraums 2019 existieren (z.B. bei Betreiberwechseln), kann mit Zustimmung der Bewilligungsbehörde ausnahmsweise eine Schätzung auf Grundlage einer Prognose für das Jahr 2021 vorgenommen werden.

7 Verfahren

7.1 Antragsverfahren

- 7.1.1 Ein Antrag auf Gewährung der Billigkeitsleistung (die Formulare werden durch die Bewilligungsbehörde auf ihrer Internetseite bereitgestellt) ist für Begünstigte nach Nummer 3.1 und 3.2 bis zum 31. Oktober 2021 zu stellen.

Der Antrag hat die Berechnung bzw. Schätzung des voraussichtlichen Schadens auf der Grundlage der in Nummer 5.3 und Nummer 5.4 genannten Berechnungsmethode zu enthalten.

Für den Ausgleich des Schadens nach Nummer 5.4.1 reicht eine mit dem Aufgabenträger abgestimmte Schätzung aus.

- 7.1.2 Dem Antrag sind, soweit zutreffend, Prognosen der Verbundorganisationen über die Schäden gemäß den Nummern 5.3.1 bzw. 5.4.2 sowie weitere begründende Unterlagen beizufügen.

- 7.1.3 Erbringt ein Begünstigter gemäß Nummer 3.2 Betriebsleistungen im Gebiet mehrerer Aufgabenträger und können die Schäden oder vermiedenen bzw. ersparten Aufwendungen nicht eindeutig der Betriebsleistung im Aufgabenträgergebiet zugeordnet werden, sind diese auf der Grundlage der im jeweiligen Land erbrachten Fahrplan- bzw. Zug-Kilometer des Jahres 2021 den Ländern zuzuordnen.

Die beteiligten Bewilligungsbehörden können eine abweichende Aufteilung vereinbaren.

- 7.1.5 Der Antrag ist schriftlich bei der Bewilligungsbehörde zu stellen und dieser zusätzlich elektronisch (per E-Mail) zu übermitteln.

7.2 Bewilligungsverfahren

7.2.1 Antrags- und Bewilligungsbehörde ist die Thüringer Aufbaubank (TAB), Postfach 90 02 44, 99105 Erfurt.

7.2.2 Die TAB übersendet die Anträge dem Thüringer Ministerium für Infrastruktur und Landwirtschaft (TMIL), Referat 42.

Das TMIL prüft die Anträge fachlich auf Plausibilität und übersendet der TAB die auf Plausibilität geprüften Anträge einschließlich eines Prüfvermerks.

Die vorläufige Bewilligung nach Nummer 7.3.1. Satz 1 erfolgt unter Berücksichtigung dieser Prüfvermerke durch die TAB.

7.3 Anforderungs- und Auszahlungsverfahren

7.3.1 Auf den Antrag nach Nummer 7.1.1. erfolgt nach Plausibilitätsprüfung und unter Berücksichtigung von Nummer 7.2.2 Satz 3 zunächst eine Abschlagszahlung in Höhe von 50 % des plausibilisierten Schadens. Nach Antragsprüfung und Bewilligung erfolgt die Auszahlung in Höhe von 80 % der unter Berücksichtigung von Nummer 5.2 ermittelten Billigkeitsleistung sowie der Auszahlung nach Satz 1.

7.3.2 Die Restzahlung erfolgt nach Feststellung des tatsächlich entstandenen Schadens (Nummer 7.4.1).

7.4 Verwendungsnachweisverfahren

7.4.1 Die Begünstigten sind verpflichtet, der Bewilligungsbehörde bis zum 31.03.2023 den tatsächlich entstandenen Schaden auf der Grundlage der in Nummer 5.3 und 5.4 genannten Berechnungsmethode nachzuweisen und von einem Steuerberater oder Wirtschaftsprüfer oder vom Rechnungsprüfungsamt testieren zu lassen.

Dies schließt eine Mitteilung über die regulär über den öffentlichen Dienstleistungsauftrag oder über allgemeine Vorschriften erhaltene Ausgleichsleistungen mit ein.

Dem Nachweis sind, soweit zutreffend, Bestätigungen der Verbundorganisationen über die aufzuteilenden Einnahmen des Jahres 2019 und die Einnahmearteilung des Jahres 2021 sowie ein Testat eines Wirtschaftsprüfers über die Fahrgeldeinnahmen der Monate Januar bis Dezember der Jahre 2019 und 2021 im Haustarif bzw. nach BBDB beizufügen.

Für Schäden gemäß Nummer 5.4.1 sind Bestätigungen der betreffenden Aufgabenträger über die Höhe des Schadens beizufügen.

Bei einer auf die Bundesregelung Fixkostenhilfe 2020 gestützten Antragstellung ist den Antragsunterlagen zusätzlich eine von einem Steuerberater oder Wirtschaftsprüfer testierte Berechnung der möglichen Fixkostenhilfen nach Maßgabe der Bundesregelung Fixkostenhilfe 2020 beizufügen.

7.4.2 Die endgültige Festsetzung des Ausgleichsanspruchs sowie die Auszahlung der Restzahlung nach Nummer 7.3.1 Satz 2 erfolgt auf Grundlage der Unterlagen gem. Nummer 7.4.1 durch die TAB.

7.4.3 Billigkeitsleistungen, die über den reinen Schadensausgleich hinausgehen, sind zurück zu zahlen.

Die von Begünstigten nach Nummer 3.2 zurückgeforderten Beträge sind vom Zeitpunkt des Erhalts bis zum Zeitpunkt der Rückerstattung mit einem Prozentpunkt über dem jeweiligen Basiszinssatz zu verzinsen.

In der Regel sind die von Begünstigten nach Nummer 3.1 zurückgeforderten Beträge nicht zu verzinsen, wenn sie in der gesetzten Frist erstattet werden.

Soweit sich herausstellt, dass der tatsächliche Schaden den prognostizierten übersteigt, wird eine Anpassung der gewährten Billigkeitsleistung vorgenommen.

- 7.4.4 Die Bewilligungsbehörde behält sich vor, den Bewilligungsbescheid mit Wirkung für die Vergangenheit ganz oder teilweise unverzüglich zurückzunehmen und die Billigkeitsleistung, auch wenn sie bereits verwendet worden ist, zurückzufordern, wenn der Nachweis nach Nummer 7.4.1 nicht fristgerecht vorgelegt wird.

Die Verzinsung des Erstattungsanspruchs richtet sich in diesen Fällen sowohl für Begünstigte nach Nummer 3.1 als auch für Begünstigte nach Nummer 3.2 nach Nummer 7.4.3 Satz 2.

- 7.4.5 Die Bewilligungsbehörde und das TMIL behalten sich vor, die zweckentsprechende Verwendung der Soforthilfe durch die Begünstigten zu prüfen.


7.5 Zu beachtende Vorschriften

Es gilt das Prüfungsrecht des Thüringer Rechnungshofs gemäß § 91 ThürLHO.

8 Inkrafttreten, Außerkrafttreten

Diese Richtlinie tritt am Tag nach der Veröffentlichung in Kraft und mit Ablauf des 31. Dezember 2023 außer Kraft.

Erfurt, den 27/09/21 2021


Susanna Karawarskij
Ministerin für Infrastruktur und Landwirtschaft